

NIEDERSCHRIFT UA/0009/2022

über die Sitzung des **Umweltausschusses** am 07.04.2022 in der **Geschwister-Eichenwald-Aula**.

Vorsitzender:

Herr Ralf Flüchter

Ausschussmitglieder:

Herr Peter Rose

Herr Thomas Schulze Temming

Vertretung für Herrn
Bernd Kösters

Herr Franz Josef Schulze Thier

Frau Dagmar Caluori

Herr Dr. Rolf Sommer

Vertretung für Frau Dr.
Anne Monika Spallek
Vertretung für Frau
Sarah Bosse

Frau Petra Beil

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NRW:

Herr Markus Nowak

Frau Monika Reimer

Herr Matthias Clemens

Schürmann

Herr Michael Wentges

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks

Herr Stefan Holthausen

Frau Rebecca Hilmer

Herr Rainer Hein

Gast:

Frau Helen Püllen

Schriftführerin:

Frau Ute Höning

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:00 Uhr

Der Vorsitzender Herr Flüchter stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vor Beginn der Sitzung verpflichtet der Vorsitzende Frau Petra Beil zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. **Präsentation der Energie- und Treibhausgasbilanzen und der Potentialanalyse für das Klimaschutzkonzept**

Frau Hilmer erläutert anhand der Sitzungsvorlage den Stand bei der Entwicklung des integrierten Klimaschutzkonzeptes.

Anschließend begrüßt sie Frau Püllen, Fa. GERTEC, die anhand einer Präsentation (siehe Ratsinformationssystem) die verschiedenen Bausteine des Klimaschutzkonzeptes erläutert.

Herrn Sommer hinterfragt hinsichtlich der -35 % Reduzierung von Energieverbräuchen und THG-Emissionen bis 2035, welcher Zeitraum genau für dieses Ziel zugrundeliegt.

Frau Hilmer erläutert, dass das vorgenannte Ziel nicht – wie fälschlicherweise dargestellt – sich auf 1990 bezieht, sondern auf das Jahr 2019. Eine Reduzierung bezogen auf das Jahr 1990 würde höher ausfallen – ca. – 40 % Reduzierung der Emissionen.

Ferner weist Frau Hilmer darauf hin, dass am 05.05.2022 in der Aula der Geschwister-Eichenwald-Aula eine Zwischenpräsentation des Klimakonzeptes als Bürgerveranstaltung stattfinden wird und teilt zudem mit, dass die Einreichung des finale Konzeptes beim Fördergeber "Nationale Klimaschutzinitiative des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz" erfolgen muss.

Auf Nachfrage von Herrn Flüchter, wie die Messungen der Emissionen erfolgen, antwortet Frau Püllen, dass die Ergebnisse des Klimaschutzkonzeptes stetig durch ein Controlling-Konzept, welches noch zu erarbeiten ist, kontrolliert werden und eine Fortschreibung der Bilanz erfolgt. Des Weiteren werden die erneuerbaren Energien mit betrachtet, die allerdings nicht immer Berücksichtigung in der Bilanz finden (z.B. Windenergieanlagen).

Zur Information.

Das Büro Gertec GmbH wird die Ergebnisse in der Sitzung präsentieren.

2. **Klimaziele und Klimaleitbild der Stadt Billerbeck**

Frau Püllen erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation (siehe Ratsinformationssystem).

Frau Püllen führt ergänzend – auf Nachfrage von Herrn Sommer - aus, dass die Windenergieanlagen beim Klimaziel keine Berücksichtigung finden, da diese den Strom ins Netz einspeisen. Herr Sommer kritisiert weiterhin die abstrakte Darstellung, da es sich bei der Stadt Billerbeck um

eine energieautarke Kommune mit vielen Energieanlagen handele.

Herr Schulze Temming erkundigt sich, warum das Bestreben nach immer mehr PV-Anlagen verfolgt werden solle, wenn dies keine Berücksichtigung fänden. Frau Püllen antwortet, dass diese Art der Stromerzeugung ausschließlich dem Eigenverbrauch zur Verfügung stehe. Eine Einspeisung ins Netz würde ebenso keine Berücksichtigung finden.

Frau Püllen führt weiterhin aus, dass der Fördermittelgeber vorschreibt, welche Maßnahmen in die Bilanz einfließen und welche nicht.

Auf Nachfrage von Frau Beil bezüglich des zuletzt angepassten Klimaschutzgesetzes der Bundesregierung entgegnet Frau Püllen, dass dieses nicht zwingend 1:1 auf jede einzelne Kommune übertragbar sei. Gelten würden die dort gefassten Ziele und Beschlüsse auf Bundesebene.

Zum Thema Energie Award führt Frau Dirks aus, dass die Stadt Billerbeck aufgrund eines Beschlusses nicht hieran teilgenommen habe. Sie bestätigt, dass die Stadt weiterhin bemüht sei, Gebäude und Flächen zu finden, auf denen z.B. eine PV-Anlage installiert werden könne, aber auch privates Engagement zum Erreichen der Ziele erforderlich sei. Sie weist nochmals darauf hin, dass der Einfluss der Stadt – wie Frau Püllen bereits ausführte – sehr gering sei – nämlich ca. 20 %. Den Bürgern müsse weiterhin klar gemacht werden, dass sich jeder Einzelne für den Klimaschutz einsetzen müsse.

Frau Calouri betont, dass die vorgelegten Unterlagen sehr umfangreich (viele Darstellungen und Zahlen) waren, diese aber sehr viele Fragen aufgeworfen haben, z. B. die Immissionsminderungsziele, die unklar formuliert seien (Nutzung von Diesel- und E-Autos im Berufsverkehr und im privaten Bereich). Sie hebt hervor, dass es nicht nur um die Billerbecker Bilanz gehe, sondern um die Gesamtbilanz für Deutschland. Die Devise müsse lauten: Ganz schnell, ganz viel zu tun.

Herr Rose meldet sich zu Wort und bestätigt, dass seitens der CDU-Fraktion bereits mehrere Anträge, z.B. Errichtung von PV-Anlagen oder anderen alternativen Energien, gestellt worden seien. Ebenso hebt er die sehr gute Position der Stadt hinsichtlich der mehr als ausreichenden Stromerzeugung vor. Dies solle auf jeden Fall weiterverfolgt werden und könne für andere Kommunen auch eine Vorbildfunktion übernehmen.

Herr Flüchter nimmt Bezug auf die Reduzierung der THG-Werte und der Erderwärmung – diese müssen unbedingt als Ziele definiert und festgelegt werden. Wichtig wäre zudem, dass die Windkraft, die bislang keine Berücksichtigung findet, honoriert werden müsse.

Frau Beil lenkt den Blick auf die Speicherkapazitäten für gewonnene Energien – wichtig sei, dass überschüssige Energie auch gespeichert und somit genutzt werden könne.

Frau Dirks führt hierzu aus, dass in Münster ein Energie-Speicher-Zentrum eröffnet wurde. Zukünftig sollen Speicherkapazitäten ebenso auf

Landes- und Bundesebene möglich sein und in den Workshops wurde diese Problematik bereits thematisiert.

Frau Püllen stellt nochmals heraus, dass es einer Transformation der Gesellschaft bedarf und Systemveränderungen grundsätzlich schwer auf allen Ebenen und in allen Bereichen seien. Richtig in ihren Augen ist weniger und zwar von Allem.

Herr Schulze Temming sieht die Anlage von Windparks bzw. die Ausweisung von Windflächen als größten zur Verfügung stehenden Hebel an.

Frau Püllen betont nochmals, dass alle privaten Gebäude hinsichtlich energetischen Maßnahmen noch Handlungspotentiale aufweisen. Nicht berücksichtigt bei der Bilanz bleibe daneben der Konsum, den die Bevölkerung aus anderen Ländern beziehe.

Herr Flüchter hinterfragt, wie eventuell eine Verpflichtung, z.B. mit PV-Anlagen bei zukünftigen Baumaßnahmen oder bauleitplanerischen Vorhaben aussehen könne.

Frau Dirks bestätigt, dass die Wirtschaftsförderung des Kreises Coesfeld für Gewerbebetriebe die Beratungsplattform "Nachhaltigkeit / Klimaschutz" ausgeweitet hat. Sowohl für private wie auch für gewerbliche Maßnahmen steht ein Solarkataster www.solarkataster.nrw.de zur Verfügung.

Mehrfach wird seitens verschiedener Ausschussmitglieder gefragt, wie es jetzt weitergehen solle und wie man mit den zur Verfügung stehenden Unterlagen weiter beraten solle.

Frau Dirks sagt abschließend zu, gerne bereit zu sein, gemeinsam mit Frau Hilmer zur Klarstellung und Beratung des Konzeptes an den verschiedenen Fraktionssitzungen teilzunehmen.

3. Naturnahe Entwicklung von Berkel und Berkelquelle in Billerbeck

Herr Hein erläutert mit Bezugnahme auf die 2. Bestandsaufnahme zur Dokumentation der Entwicklung von Flora und Vegetation den Sachverhalt.

Auf die Frage von Herrn Sommer, ob die Infotafeln schon in Arbeit seien, antwortet Herr Hein, dass Frau Stephan das Konzept hierfür bereits erarbeitet habe. Der genaue Zeitpunkt der Aufstellung sei aber leider noch nicht bekannt.

Frau Beil erkundigt sich nach der Wasserqualität der Berkelquelle, da die Werte mit P=46 mg/l seinerzeit im Grenzbereich lagen – konnte hier eine positive Entwicklung verzeichnet werden?

Herr Hein entgegnet, dass leider keine genauen aktuellen Werte bekannt

sein. Er kann aber mitteilen, dass die Wasserqualität des Berkelabstroms deutlich bessere Ergebnisse erzielt hat, was das ökologische Potential betrifft. Aktuelle Werte zu Nitrat- oder Phosphormessungen liegen leider nicht vor. Herr Hein schlägt vor, diese Werte in einer Zusammenstellung nachzureichen. Die Daten hierzu können aber auch von Jedem über das Portal ELWAS <https://www.elwasweb.nrw.de/elwasweb/index.xhtml?sessionId=0259DFE5EDB693F7FB78842C039F646B#> abgerufen werden.

Herr Schulze Thier greift das Thema Erlenbruchwald auf und bestätigt die Schwierigkeiten diesen zurückzuhalten. Der entstehende Wald entspricht nicht dem Wunsch der Bevölkerung, sondern wünschenswert ist eine freie Berkelquellfläche auch für die Sichtbarkeit dieser. Erlenbruchwälder entstanden an mehreren Standorten, die seitens der Bevölkerung bereits hingenommen werden.

Herr Hein stellt klar, dass es nicht darum geht, was gewünscht wird, sondern sich natürlicherweise entwickelt. Die Vorteile werden in der natürlichen Entwicklung von Pflanzen, die dort vorkommen, die ansonsten wenig bis gar nicht vorkommen würden, gesehen.

Herr Flüchter schlägt vor, den Vorstellungen des Naturschutzzentrums 1:1 zu folgen und hebt nochmals die Wichtigkeit der Infotafeln hervor, welche auch für viele Billerbecker Besucher hinsichtlich Flora und Fauna interessant sein werden.

4. Erhöhung der Artenvielfalt im Bereich der Wegerandstreifen

Herr Flüchter nimmt Bezug auf die Vorberatungen im Bezirksausschuss. Herr Nowak erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Beratung noch an der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Herr Holthausen fasst die Vorberatungen zusammen und erläutert anhand der Sitzungsvorlage – diesbezüglich betont er die gute Zusammenarbeit mit der Flurbereinigungsbehörde. Er weist darauf hin, dass der Beschlussvorschlag in der letzten Sitzung ergänzt worden ist.

Auf Nachfrage von Frau Beil, ob der ergänzte Beschlussvorschlag nunmehr Grundlage für die abschließende Beratung im Rat der Stadt Billerbeck sei, bestätigt Herr Holthausen dieses.

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die durch den Kreis Coesfeld festgestellten Überschneidungsflächen werden verwaltungsseitig nach den beschriebenen Kriterien gesichtet. Überackerte Flächen, bei denen es sich nicht um klassische Seitenränder an Wirtschaftswegen handelt, werden an die Bezirksregierung Münster für ein Flurbereinigungsverfahren übertragen. Im Gegenzuge erhält die Stadt Billerbeck größere zusammenhängende Flächen, die für die Anlegung von Artenschutzmaßnahmen zu nutzen sind. **Für den Fall, dass Flächen für den Radwegebau verwendet werden sollen, ist im Ein-**

zelfall neu zu beraten.

Abweichend von der Zuständigkeitsordnung der Stadt Billerbeck wird der Bürgermeisterin die Entscheidung über den Tausch der v. g. Flächen, die größer als 100 m² sind, übertragen.

Durch die Flurbereinigungsbehörde wird regelmäßig in einer Sitzung über den Stand des Verfahrens berichtet, voraussichtlich erfolgt dies erstmals nach zwei Jahren, da früher kein vorzeigbares Ergebnis erwartet wird.

Die Durchführung des Flächentausches muss mit dem Ziel erfolgen,

- dass der Stadt Billerbeck hierdurch kein Werteverlust entsteht und
- dass als Ergebnis die Stadt Billerbeck größere zusammenhängende Flächen für die Artenvielfalt erhält oder private Flächen in identischer Größenordnung oder Wertigkeit im Randbereich mit Grunddienstbarkeiten versehen werden, so dass dort entsprechende Anpflanzungen entstehen und dauerhaft gesichert werden. Für die neuen städt. Grundstücke ist dann mit Unterstützung des Naturschutzzentrum Kreis Coesfeld ein Bewirtschaftungskonzept zu erarbeiten. Entsprechende finanzielle Mittel werden zeitnah hierfür in den Haushaltsplan eingestellt.

Wegeflächen, die sich von städt. Flächen auf Privateigentum verschoben haben, sollen durch entsprechenden Tausch mit den städt. überackerten Flächen in das Eigentum der Stadt Billerbeck gehen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Photovoltaik auf kommunalen Dächern

Frau Hilmer erläutert den Tagesordnungspunkt anhand der Sitzungsvorlage und betont, dass die Förderquote vermutlich bei Neuaufgabe des Förderprogramms geringer sein wird als zuvor. Die notwendigen Eigenanteile werden im Haushalt 2023 eingestellt.

Herr Sommer hinterfragt, ob der vorhandene Netzanschlusspunkt für eine deutlich höhere Aufnahme von Energie / Einspeisung ausreichend dimensioniert sei oder dieser eventuell modernisiert oder vergrößert werden müsse.

Frau Hilmer bestätigt die Bedenken hinsichtlich der Auslastung des vorhandenen Netzanschlusspunktes – gibt aber an, dass die vorhandene Kapazität bei der gegenwärtigen Planung berücksichtigt wurde.

Ergänzend zu vorgenannten Bedenken, fragt Herr Sommer nach, ob nicht irgendwann die Anschaffung von Photovoltaikanlagen und Suche von Fördertöpfen überflüssig sei, wenn der Netzanschlusspunkt "ausge-reizt" ist. Frau Hilmer weist auf die enorm hohen Kosten für den Ausbau des Netzanschlusspunktes hin und Herr Holthausen bestätigt, dass die technischen Voraussetzungen für die aktuelle Förderkulisse noch ausreichend sei.

Herr Rose weist auf das grundsätzliche Ziel, Photovoltaikanlagen zu installieren hin und erkundigt sich, ob sich die Module hierfür in den letzten Jahren modernisiert haben, da die Nicht-Ausstattung mit vorgenannten Anlagen in der Vergangenheit mit der nicht genügenden Statik der Gebäude begründet wurden.

Darauf erläutert Frau Dirks, dass nicht das Gewicht der Module oder die Statik der Gebäude für die Nichtanlage von Photovoltaikanlagen ausschlaggebend gewesen seien, sondern eher noch notwendige Dachsanierungen an verschiedenen Gebäuden.

Herr Schulze Temming nimmt ebenso Bezug auf den bereits vor 3 Jahren gestellten Antrag der CDU geeignete städtische Gebäude für PV-Anlagen zu suchen und betont, dass sich die Hartnäckigkeit diesbezüglich mit der Umsetzung der geplanten Maßnahmen gelohnt habe. Er befürwortet die Nutzung der Förderprogramme und möchte, dass auch Sportstätten künftig mitgenutzt werden. Er regt an, eine Liste anzufertigen, aus der die geeigneten städtischen Gebäude gelistet sind. Außerdem hinterfragt er die nicht volle Ausnutzung der aktuellen PV-Anlage auf dem Aula-Gebäude.

Hierauf bestätigt Frau Dirks, dass die Verwaltung ständig damit beschäftigt sei, Fördertöpfe zu suchen – auch um die Kosten für Energie zu senken.

Herr Flüchter greift das Thema Anlage auf der Aula nochmals auf und fragt nach, ob der Aufbau einer Zweitanlage gegebenenfalls möglich ist. Seitens der Verwaltung wird bestätigt, dass dieses durchaus möglich sei und unter gewissen Umständen (z.B. Netzananschlusspunkt) auch der Verkauf der erzeugten Energie möglich sei.

Abschließend weist Herr Rose darauf hin, dass die Restfläche des Daches der Aula bekiest sei und eine Dachbegrünung (Flächenkühlung) allerdings die optimalere Lösung darstelle.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt Fördermittel für eine Photovoltaikanlage inkl. Speicher sowohl für die Johanni-Grundschule als auch für die Aula zu beantragen und die nötigen Haushaltsmittel über den entsprechenden Eigenanteil in den Haushalt 2023 einstellen.

Stimmabgabe: einstimmig

6. Mitteilungen

6.1. Wasserversorgungskonzept - Herr Hein

Herr Hein teilt mit, dass in der nächsten Sitzung das Wasserversorgungskonzept thematisiert werden müsse aufgrund der Mitteilung der Bezirksregierung, die neue Formulierungen vorgibt. Insbesondere sind Anpassungen zu den Formulierungen für die Eigennutzungsanlagen im Außenbereich erforderlich.

7. Anfragen

7.1. eingezäuntes Grundstück Beerlager Straße - Frau Calouri

Frau Calouri meldet sich zu Wort und fragt nach, was es mit dem eingezäunten Grundstück an der Beerlager Straße / Langenhorst 1-2 auf sich hat.

Der Verwaltung liegen hierzu keine Informationen vor. Herr Hein antwortet, dass es sich hierbei vermutlich um eine Ausgleichsmaßnahme von Straßen NRW handelt und eine Bepflanzung dort erfolgt.

7.2. fehlende Hecke Buschenkamp - Frau Calouri

Frau Calouri fragt nach, warum die im Wohngebiet Buschenkamp bestehende Hecke verschwunden ist.

Herr Hein erläutert, dass aufgrund von Erschließungsmaßnahmen für das neue Kita-Grundstück diese Maßnahme erforderlich wurde und eine Neupflanzung auf Privatgrundstück erfolgen soll.

7.3. Berkelbrücke - Coesfelder Straße - Frau Calouri

Frau Calouri fragt nach, was mit den Gebüsch in diesem Bereich passiert ist. Warum ein so radikaler Rückschnitt?

Herr Hein erklärt, dass diese Maßnahme im Vorfeld mit der Unteren Landschaftsbehörde abgestimmt worden ist und in der Presse bekannt gegeben wurde.

7.4. Baumpflanzung Lilienbeck - Herr Rose

Herr Rose nimmt Bezug auf seine bereits schon einmal formulierte Frage bezüglich der Baumanpflanzungen im Bereich der Straße Lilienbeck und erkundigt sich nach dem Sachstand.

Herr Hein bestätigt, dass die Baumanpflanzungen bei den letzten Baustellentermen immer mal wieder Thema waren und nunmehr bestellt sind und im Zeitraum Mitte bis Ende April 2022 gepflanzt werden.